

Judith Vey / Madeleine Sauer

Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit in Brandenburg

herausgegeben von

 **aktions**
bündnis BRANDENBURG
gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit


Institut für Protest- und
Bewegungsforschung

Zusammenfassung

Im Land Brandenburg haben sich viele Initiativen gebildet, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Aber was für eine Hilfe wünschen sich Geflüchtete nach ihrer Ankunft in Deutschland überhaupt? Und wie können Freiwillige den Menschen, die vor Krieg und Verfolgung Schutz suchen, angemessen helfen? Ein Team von Sozialwissenschaftlerinnen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung Berlin hat im Auftrag des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften nach ihren Interessen und Wünschen gefragt und Freiwillige danach, mit welchen Angeboten sie auf Geflüchtete zugehen. In dem vorliegenden Heft, dessen Veröffentlichung die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg gefördert hat, sind die Ergebnisse dieser Untersuchung und die Schlussfolgerungen der Autorinnen mit konkreten Empfehlungen für ehrenamtliches Engagement zusammengefasst.

Über die Autorinnen

Dr. Madeleine Sauer ist Politikwissenschaftlerin und Dr. Judith Vey Soziologin. Beide sind Mitglieder des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb).

Danksagung

Die Herausgeber und die Autorinnen danken allen Interviewpartner_innen für ihre Auskünfte, Ricarda Kutscha, die im Rahmen eines studentischen Praktikums mit großem Engagement an der Erhebung mitwirkte, sowie der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg für die Förderung dieser Veröffentlichung.

Impressum

Potsdam 2016

Herausgeber:

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdeinfeindlichkeit, Mittelstraße 38, 14467 Potsdam
Institut für Protest- und Bewegungsforschung, Thinkfarm, Oranienstraße 183, 10999 Berlin

Redaktion: Jonas Frykman, Christoph Schulze

Lektorat: Stephan Lahrem

Gestaltung: FLMH | Labor für Politik und Kommunikation



Die Herausgabe dieser Publikation wurde gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg.

Judith Vey / Madeleine Sauer

Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit in Brandenburg

herausgegeben von

*Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
Institut für Protest- und Bewegungsforschung Berlin*

Inhalt

Vorwort von Dr. Doris Lemmermeier	5
Einleitung	6
Bedürfnisse von Geflüchteten	9
Grundlegende und alltagsbezogene Bedürfnisse	10
Handlungsfelder für ehrenamtliches Engagement	12
Angebote ehrenamtlicher Initiativen	14
Aufbau und Ziele von Willkommensinitiativen	14
Übersicht über praktische Aktivitäten	15
Staatliche Regelversorgung und ehrenamtliches Engagement	16
Strukturelle Rahmenbedingungen	18
Zusammenarbeit mit Behörden	18
Mobilität im ländlichen Raum	19
Freizeit- und Begegnungsräume	20
Mitarbeit von Geflüchteten	21
Förderung des ehrenamtlichen Engagements	22
Empfehlungen für Freiwillige	22
Bessere Regelversorgung	23
Abbau von Sprachbarrieren	24
Zugang zur Kinderbetreuung	24
Freizeit- und Begegnungsräume	24
Kooperation und Koordination	25
Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit	25
Fortbildung und Beratung	26

Vorwort

Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler leisten bei der Aufnahme und Integration der zu uns geflüchteten Menschen bereits seit einiger Zeit im Land Brandenburg wie deutschlandweit großartige Arbeit. Sie helfen ganz direkt vor Ort, in ihrer Gemeinde, in ihrer Nachbarschaft. Sie heißen Flüchtlinge willkommen, übernehmen Patenschaften und helfen bei ganz praktischen Dingen wie Behördengängen und Arztbesuchen. Sie geben Deutschunterricht und sie spielen mit den Kindern. Und mit ihren im ganzen Land verbreiteten Fahrradwerkstätten sorgen sie im Flächenland Brandenburg für ein wichtiges Stück Mobilität.



Überall im Land haben sich Willkommensinitiativen gegründet, in denen sich diese ehrenamtlich Tätigen zusammengefunden haben. Oft nur ein loser Verbund, manchmal ein eingetragener Verein, manchmal mit thematischen Arbeitsgruppen. Die brandenburgische Landesregierung hat dieses ehrenamtliche Engagement schon frühzeitig unterstützt und tut dies weiterhin. Im Juli 2015 fand eine Dialogveranstaltung mit 170 ehrenamtlich Tätigen in der Staatskanzlei statt, die breiten Raum für Erfahrungsaustausch geboten hat. Durch eine gezielte Förderung des Landes können Willkommensinitiativen so unbürokratisch wie möglich Unterstützung für ihre Arbeit erhalten. Daneben wurde ein Fortbildungsangebot aufgelegt, um wichtige Fragen der Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler zu beantworten und sie in ihrer konkreten Arbeit mit den Geflüchteten zu unterstützen. Diese Fortbildungen werden je nach Wunsch und Bedarf der Willkommensinitiativen zu den unterschiedlichsten Themen auch in der kleinsten Ortschaft in Brandenburg durchgeführt.

Politik braucht Studien wie diese, um ihre Entscheidungen auf fundierte Informationen zu gründen. Ich bin dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sehr dankbar, dass es diese Studie auf den Weg gebracht hat. Auch wenn die Umfragen bereits im Jahr 2015 durchgeführt wurden, haben die Ergebnisse nichts von ihrer Aktualität verloren. Die Autorinnen beziehen überdies die aktuellen Entwicklungen mit ein.

Mein Dank gilt auch den Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern für ihr Engagement und ihre Kreativität, für ihre Mitmenschlichkeit. Sie zeigen ein Bild Brandenburgs, das Hoffnung macht. Ehrenamt kann und darf Hauptamt nicht ersetzen und doch ist es in der derzeitigen Situation zum Gelingen der Aufnahme und Integration der Geflüchteten unverzichtbar.

Ich bin der Überzeugung, dass die Erkenntnisse dieser Studie dazu beitragen können, dass das ehrenamtliche Engagement für die Integration im Land Brandenburg weiterhin erhalten und gefördert werden kann.

A handwritten signature in blue ink that reads "Doris Lemmermeier". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Doris Lemmermeier
Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

Einleitung

Gegenwärtig sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 476.649 Asylanträge gestellt, 2014 waren es 202.834 Erst- und Folgeanträge – eine Steigerung um 135 Prozent.¹ Der Anstieg im Vergleich zum Tiefststand 2008 mit 28.018 Anträgen ist eklatant.² Die Unterbringungssituation spitzte sich ab 2014 kontinuierlich zu: Vielerorts wurden Geflüchtete³ in Zelten oder Turnhallen untergebracht. Auch im Land Brandenburg, das 2015 rund 28.500 Asylsuchende aufgenommen hat, wurden kurzfristig Notunterkünfte errichtet.⁴ Medien und Politik stilisieren diese Situation zu einer „Flüchtlingskrise“ hoch, Migrationsexpert_innen sprechen stattdessen von einer „Verwaltungs- und Infrastrukturkrise“.⁵

Gleichzeitig unterstützen vielerorts Ehrenamtliche und Willkommensinitiativen Geflüchtete bei der Bewältigung ihres Alltags. Sie begleiten sie bei Amts- und Arztbesuchen, geben Sprachkurse, spenden Kleidung, geben in den Unterkünften Essen aus, leisten Übersetzungshilfe, organisieren Willkommens- und Begegnungsfeste und bieten Kinderbetreuung an. Strukturen zur Unterstützung Geflüchteter gibt es in Deutschland und in Brandenburg schon seit vielen Jahren, ebenso eine Selbstorganisation geflüchteter Menschen. Relativ neu und wissenschaftlich kaum erforscht ist das Phänomen, dass sich sehr viele Menschen auf lokaler Ebene für Geflüchtete einsetzen und sie in ihrem Wohnort „willkommen heißen“. In Bezugnahme auf den Begriff Willkommenskultur werden Initiativen, die sich ehrenamtlich für geflüchtete Menschen einsetzen, als Willkommensinitiativen bezeichnet. Viele der relativ jungen Initiativen tragen das Wort Willkommen sowie den Ort ihres Engagements in ihrer Selbstbezeichnung, wie beispielsweise „Willkommensteam Groß Schönebeck“ oder „Willkommen in Neuhardenberg“.

Im Kontext der zunehmenden ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit ergeben sich zahlreiche Fragen: Welche Bedürfnisse haben die Geflüchteten, wenn sie ankommen und zunächst in Erstaufnahmeeinrichtungen, dann in Gemeinschaftsunterkünften oder Wohnungen untergebracht werden? In welcher Weise werden diese Bedürfnisse durch die Arbeit der Initiativen vor Ort befriedigt? Was wird angeboten, wo gibt es Mangel oder Engpässe? Wie kann die Arbeit der Initiativen besser unterstützt werden? Inwiefern übernehmen Ehrenamtliche staatliche Aufgaben und sind damit womöglich überfordert? Aus welchen Motiven erfolgt das Engagement und welche Zielsetzungen bringen die Engagierten mit?

Um die Arbeit der Initiativen in Brandenburg zu evaluieren und zu reflektieren, gab das brandenburgische Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit beim Institut für Protest- und Bewegungsforschung Berlin eine Kurzstudie in Auftrag. Die Aufgabenstellung war es, Einblicke in die Bedürfnisstruktur von Geflüchteten und die Arbeit der Willkommensinitiativen in Brandenburg zu ermöglichen. Der Zeitraum der Untersuchung umfasste März und April 2015. Seit-

1 Im Vergleich zu den an Krisen- und Kriegsländer grenzenden Staaten wie der Türkei, dem Libanon oder Jordanien ist diese Zahl für ein wirtschaftlich starkes Land gering.

2 Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Aktuelle Zahlen zu Asyl (Stand: Dezember 2015), S. 4, unter: www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2015.pdf?__blob=publicationFile.

3 Der Begriff Geflüchtete bezeichnet hier und im Folgenden alle Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, unabhängig von ihrem rechtlichen Status.

4 Flüchtlingsaufnahme in Brandenburg, Antwort auf eine Kleine Anfrage von Andrea Johlige (DIE LINKE), 5.2.2016, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/3563.

5 Vera Hanewinkel: Deutschland: Verwaltungs- und Infrastrukturkrise, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Kurzdossiers, 15.12.2015, unter: www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/217376/verwaltungs-und-infrastrukturkrise.

dem hat es zahlreiche rechtliche, administrative und auch politische Veränderungen gegeben, die in dieser Veröffentlichung berücksichtigt wurden. Zudem hat sich durch die stark rückläufigen Zahlen neu aufzunehmender Geflüchteter im Frühling 2016 die Situation in Deutschland und Brandenburg verändert. Aufgrund dieser Entwicklungen besteht nun die Möglichkeit, identifizierte Probleme vor allem auf struktureller Ebene zu bearbeiten, da der Fokus nicht mehr primär auf der Lösung akuter Probleme liegt. Die Fragen, die untersucht wurden, sind jedoch weiterhin relevant. Im Einzelnen lauten diese:

- 1 **Welchen Unterstützungsbedarf haben Geflüchtete, der durch Ehrenamtliche gedeckt werden kann?**
- 2 **Welche Unterstützung bieten ehrenamtliche Gruppen an?**
- 3 **In welchen Bereichen kann ehrenamtliches Engagement die Regelversorgung sinnvoll ergänzen?**
- 4 **Wie kann die Arbeit von Ehrenamtlichen unterstützt werden?**

Diesen Fragen folgend, ist der nachfolgende Bericht strukturiert: Im ersten Teil geht es um den Unterstützungsbedarf von Geflüchteten in Heimunterbringung. Im zweiten Teil wird evaluiert, welche Unterstützungsangebote ehrenamtliche Gruppen anbieten. Im dritten Teil ist das Spannungsfeld zwischen ehrenamtlichen Tätigkeiten und staatlicher Regelversorgung das Thema: Wo ergänzt die Arbeit der Ehrenamtlichen die Versorgung durch staatliche Stellen, wo übernehmen sie Aufgaben, die eigentlich von Behörden erfüllt werden sollen? Im vierten Teil geht es um Möglichkeiten, wie die Arbeit der Initiativen unterstützt werden könnte.

Die Untersuchung basiert auf qualitativen Interviews, die mit Bewohner_innen von Gemeinschaftsunterkünften geführt wurden und mit Mitgliedern von Willkommensinitiativen und anderen ehrenamtlichen Gruppen, die in der Flüchtlingshilfe in Brandenburg aktiv sind. Um einen umfassenderen Einblick und Überblick zu erhalten, wurden ergänzend Mitarbeiter_innen von Gemeinschaftsunterkünften, in der Flüchtlingsarbeit professionell Aktive (u.a. vom Flüchtlingsrat Brandenburg und von Refugees Emancipation) sowie Integrationsbeauftragte der Landkreise interviewt. Zudem fand eine teilnehmende Beobachtung an einem Runden Tisch zur Flüchtlingsunterbringung statt.

Um die verschiedenen Perspektiven der Interviewpartner_innen erfassen zu können und die Bearbeitung der zentralen Forschungsfragen sicherzustellen, wurden halbstandardisierte Leitfadenterviews geführt. Diese Form der Interviewführung bietet die Möglichkeit, flexibel auf das Gesagte reagieren zu können und eine angenehme und lockere Gesprächsatmosphäre zu schaffen. Bei den befragten Geflüchteten dominierte teilweise zu Beginn eine ängstlich-skeptische Haltung, der durch eine offene Gesprächskultur entgegengewirkt werden konnte. Aus demselben Grund wurden teilweise Gruppeninterviews und -gespräche geführt. Neben Gruppeninterviews fanden sowohl telefonische als auch persönliche Befragungen mit Einzelpersonen statt. Aufgrund der kurzen Erhebungsdauer wurden zudem offene Fragebögen verteilt, die schriftlich beantwortet werden konnten. Die Interviews erfolgten in deutscher oder in englischer Sprache, die Fragebögen waren ebenfalls zweisprachig. Zum Teil haben Interviewpartner_innen während des Interviews für andere übersetzt. Die Interviews dauerten durchschnittlich eine Stunde und wurden anonymisiert. Die Geflüchteten waren überwiegend daran interessiert, über ihre konkreten Situationen in den Unterkünften zu sprechen und ihre Wahrnehmungen

gen und Bedürfnisse zu schildern. Die ehrenamtlichen Gruppen zeigten sich ebenfalls aufgeschlossen und bemühten sich trotz der kurzen Interviewphase, für Interviews zur Verfügung zu stehen.

Um die Fragestellungen möglichst umfassend bearbeiten zu können, wurden Perspektiven aus verschiedenen Regionen Brandenburgs eingeholt. Dieses Vorgehen beruhte auf der Ausgangsvermutung, dass es Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, zwischen den berlinfernen und den berlinnahen Regionen gibt. Ebenso wurden verschiedene Typen ehrenamtlicher Gruppen berücksichtigt, und es wurde bei der Auswahl der Interviewpartner_innen darauf geachtet, dass Gemeinschaftsunterkünfte verschiedener Größe und unterschiedlich guter infrastruktureller Anbindung Eingang in die Untersuchung fanden. Aufgrund der Kürze des Untersuchungszeitraums konnte die Streuung der Interviews nach den genannten Kriterien nicht systematisch umgesetzt werden. Insbesondere wurde die Situation von Geflüchteten, die sich in Erstaufnahmeeinrichtungen befinden, nicht berücksichtigt.

Insgesamt wurden (Gruppen-)Interviews mit 26 Bewohner_innen in Gemeinschaftsunterkünften geführt. Die befragten Männer und Frauen stammten aus verschiedenen Ländern, waren unterschiedlichen Alters, hatten Kinder, die teilweise mit ihnen geflohen waren, oder waren kinderlos. Ein Geflüchteter trat primär als Vertreter der Flüchtlingselbstorganisation Refugees Emancipation auf. An einem Gruppeninterview mit Geflüchteten nahm zusätzlich ein Mitarbeiter der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark teil. Diese Interviews wurden ergänzt durch Interviews und informelle Gespräche mit Mitarbeiter_innen des Flüchtlingsrats Brandenburg. Die Perspektive von Ehrenamtlichen wurde durch die Befragung von zwölf Willkommensinitiativen und anderen ehrenamtlichen Organisationen nachvollzogen. Vier Initiativen bevorzugten die schriftliche Form, um die Fragen in der Gruppe intern diskutieren zu können. Es gab eine Teilnahme an einem Runden Tisch, die durch ein Telefoninterview ergänzt wurde, und ein Gruppeninterview. Bei den persönlich geführten Interviews wurden insgesamt zwei Männer und sechs Frauen befragt. Des Weiteren wurden ergänzende Informationen durch die telefonische Befragung der Beauftragten für Migration und Integration in Potsdam, des Koordinators Asylbewerber der Ruppiner Kliniken GmbH für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin und der Leiterin der Agentur für bürgerschaftliches Engagement des Kompetenzzentrums Havelland eingeholt. Zudem wurden Interviews mit insgesamt sechs Mitarbeiter_innen in drei Unterkünften in Brandenburg geführt.

Die Auswertung der Interviews erfolgte inhaltsanalytisch. Die Antworten wurden nach inhaltlichen Gesichtspunkten zusammengefasst und strukturiert. Das Ziel war, möglichst viele Facetten der Interviewaussagen sichtbar zu machen und nicht etwa Durchschnittswerte zu ermitteln. Darüber hinaus wurde versucht, die Aussagen an die jeweilige lokale Situation zurückzubinden: Wo liegt die Gemeinschaftsunterkunft? Wer spricht in welcher Position? Welche Erfahrungen und Perspektiven sind kontextspezifisch und welche lassen sich generalisieren?

Bedürfnisse von Geflüchteten

Welche Unterstützung wünschen sich Geflüchtete, die von Ehrenamtlichen geleistet werden kann?⁶ Die Interviews machten zunächst deutlich, dass nicht von „den“ Bedürfnissen „der“ Geflüchteten gesprochen werden kann. Zum einen bestimmen die Biografie, bisherige Erfahrungen und die aktuelle Lebenssituation die spezifische Bedürfnislage von Geflüchteten. Sie sind keine homogene Gruppe. Sie sind beispielsweise nicht alle (in gleicher Weise) traumatisiert. Zum anderen verändert sich die Bedürfnisstruktur kontinuierlich. Eine Leiterin einer Potsdamer Flüchtlingsunterkunft berichtete, dass sich die Bedürfnisstruktur oft wellenförmig entwickelte: Wenn das Asylverfahren und der Prozess des Ankommens gut verlaufe und vorankomme, dann bestehe auch Interesse an extern angebotenen Aktivitäten. Diese Angebote seien daher nur interessant, wenn die Situation deren Wahrnehmung zulässt. Gerade in der Anfangszeit eines Asylverfahrens haben ihrer Erfahrung nach Geflüchtete oftmals eine Vielzahl administrativer Tätigkeiten zu erledigen und sind von diesen unter Umständen gestresst, auch wenn dies von außen manchmal nicht danach aussehe. Eine ehemalige Leiterin einer anderen brandenburgischen Unterkunft teilte diese Einschätzung und ergänzte, dass das Interesse an externen Angeboten vor allem durch die Aufenthaltsdauer der Geflüchteten in Deutschland und in den Gemeinschaftsunterkünften sowie durch den Stand des Asylverfahrens bestimmt wird. Infolge der neuen Situation in Deutschland und der Erfahrungen auf der Flucht bräuchten viele Geflüchtete zunächst Ruhe und praktische Unterstützung bei der Orientierung im Alltag und in der Umgebung. Eine geflüchtete Frau aus Syrien berichtete beispielsweise, dass es ihr helfen würde, wenn sie Orientierung bezüglich sozialer Normen und rechtlicher Regelungen erhalten würde: Was ist erlaubt, was sind meine Rechte und meine Pflichten?

Die erwähnte Heimleiterin ergänzte, dass tendenziell eher Geflüchtete, die bereits seit mehreren Monaten oder Jahren in einer Unterkunft leben, über Langeweile sprechen und die Angebote von Hilfsorganisationen, Willkommensinitiativen oder Ehrenamtlichen daher öfter wahrnehmen. Dies trifft vor allem auf Angebote in Unterkünften zu, die infrastrukturell nicht angebunden sind. So klagten die in einem Gruppeninterview interviewten Geflüchteten, die in einer vom öffentlichen Nahverkehr abgeschnittenen Unterkunft in einem kleinen Ort leben, über komplett fehlende Freizeit- und Betätigungsangebote vor Ort, die sie nützen können. Ihr Alltag sei daher von extremer Langeweile gekennzeichnet. Ein befragter Geflüchteter einer anderen abgelegenen Unterkunft hält sich aus diesem Grund meist gar nicht in seiner Unterkunft auf, sondern entweder bei einem Freund in einer Potsdamer Gemeinschaftsunterkunft oder bei seiner Tante in Berlin. Alle Geflüchteten, egal ob stadtnah, städtisch oder ländlich untergebracht, äußerten zudem den Wunsch nach Sozialkontakten mit Nachbar_innen oder Gleichaltrigen. Ein Geflüchteter erzählte, er würde „gern eine Familie gründen, eine Frau und ein Baby haben“.

Um der Gefahr von Lethargie, Vereinsamung und Isolation vorzubeugen, hob ein Mitarbeiter der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark generell die große Bedeutung von Aktivitäten außerhalb der Sammelunterkünfte hervor: „Beschäftigt sie, sorgt dafür, dass sie aus dem Heim rauskommen!“ Besonders in städtischen Gebieten benötigten Geflüchtete generell weniger speziell auf sie zugeschnittene Kurs- oder Freizeitangebote, stattdessen würden sie die Angebote in der Stadt wahrnehmen bzw. ihre Freizeit dort verbringen.

6 Aufgrund der begrenzten Zeit, die für die Erstellung der Studie zur Verfügung stand, bildeten die Interviews mit Expert_innen ein wichtiges Fundament, um die in den Interviews mit den Geflüchteten identifizierten Bedürfnisse besser einordnen und gegebenenfalls verallgemeinern zu können. Aus diesem Grund konnte dem Anspruch, vor allem aus der unvermittelten Perspektive der Geflüchteten zu argumentieren, nicht immer vollumfänglich Rechnung getragen werden. Dies könnte in einer umfangreicher angelegten Studie geschehen.

Die Geflüchteten empfinden die Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften oftmals als Übergangssituation (auch wenn sie mitunter Jahre andauert), da sich ihr Leben durch die Möglichkeit einer Anerkennung oder Abschiebung jeden Tag komplett ändern kann. Zudem müssen sie mitunter mehrmals die Unterkunft wechseln. Sie wollen und können sich in der Gemeinschaftsunterkunft nicht einrichten. Der Heimalltag ist daher oft durch von Nervosität geprägtes Abwarten gekennzeichnet. Langeweile und Beschäftigungsbedarf gibt es infolgedessen nur teilweise und vom Ort abhängig. Zudem sind viele Termine, ob Freizeitaktivitäten oder „Pflichttermine“, fremdgesteuert und beruhen nicht auf Eigeninitiative. Ein junger Mann aus Kamerun erzählte im Interview, dass er unter Depressionen leide, daher eine Therapie mache und Beruhigungstabletten verschrieben bekommen habe. Er leide sehr unter den Erfahrungen, die er in Kamerun gemacht habe, der anstrengenden Flucht und der ungewissen Situation in Deutschland. Er habe ständig „schlechte Gedanken“ und fühle sich permanent gestresst.

Es ist infolgedessen im Kontext der Flüchtlingsarbeit von zentraler Bedeutung, nicht von einer festgelegten Bedürfnisstruktur auszugehen, sondern die Bedürfnisse konkret zu erfragen. Es ist notwendig, eine diesbezügliche Sensibilität und Offenheit zu entwickeln. Insbesondere Mitarbeiter_innen von Gemeinschaftsunterkünften und von Flüchtlings(selbst)organisationen warnten in den Interviews in diesem Zusammenhang vor der Gefahr einer Bevormundung und eines Paternalismus gegenüber Geflüchteten. Dazu kommt es, wenn Institutionen und Ehrenamtliche über die Köpfe von Geflüchteten hinweg bestimmen, welche Hilfsangebote ihnen sinnvoll erscheinen, und Geflüchtete keine Möglichkeit erhalten, eigenständig zu erklären, welche Unterstützung sie benötigen und in Anspruch nehmen wollen.

Grundlegende und alltagsbezogene Bedürfnisse

Die im Folgenden beschriebenen Bedürfnisse und Interessen sind aus den oben genannten Gründen nicht pauschal zu nehmen, sondern dienen dazu, Einblicke in mögliche Bedürfnislagen zu erhalten, die dann in der Praxis konkretisiert werden. Es lassen sich anhand der Interviews mit Bewohner_innen und Mitarbeiter_innen von Gemeinschaftsunterkünften zwei Typen von Bedürfnissen identifizieren: Zum einen äußerten die Geflüchteten längerfristige, grundlegende Bedürfnisse und zum anderen kurzfristige, eher alltagsbezogene Bedürfnisse. Die grundlegenden, längerfristigen Bedürfnisse betreffen den Familiennachzug, die rechtliche Anerkennung als Flüchtling, mehr Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, insbesondere in Form der Aufnahme eines Studiums, einer Arbeit oder eines Praktikums oder des Auszugs aus der Gemeinschaftsunterkunft in eine eigene Wohnung. Der junge Mann aus Kamerun formulierte dies folgendermaßen: Er wolle endlich ankommen, „leben wie die anderen“, keine Angst und keinen Stress mehr haben und wie die „glücklichen Leute auf der Straße“ sein.

Diese Bereiche werden von Mitarbeiter_innen der Unterkünfte und Flüchtlingsorganisationen als klassische Felder der sozialen Arbeit und demzufolge als Arbeitsbereiche und Zielsetzungen von professionellen Akteur_innen in der Flüchtlingshilfe eingestuft. Als kurzfristige, alltagsbezogene Bedürfnisse nannten Geflüchtete: Verbesserung der Ausstattung der Gemeinschaftsunterkunft, kostenfreier Zugang zu Sprachkursen (auch über das Niveau B1 hinaus), Anwendung der Sprachkenntnisse, Austausch mit der lokalen Bevölkerung, Orientierung und Information im Alltag, Zugang zu und Teilhabe an der deutschen Gesellschaft, Gesundheitsversorgung, Kita- und Schulbesuch, Kinderbetreuung und Internetzugang. Zudem äußerten viele der befragten Geflüchteten, dass sie sich von

der deutschen Bevölkerung mehr Respekt und Anerkennung wünschen, da sie sich im Alltag (z.B. beim Einkaufen, auf der Straße oder den Behörden) oft diskriminiert fühlten. Gefragt, welche konkreten Freizeitaktivitäten sie sich wünschten, nannten die Geflüchteten unter anderem Sport, Yoga, handwerkliche Tätigkeiten; sie wollten im Internet surfen, tanzen, ins Kino gehen, nähen, singen, gleichaltrige Männer und Frauen treffen und generell Deutsche kennenlernen. Nach Einschätzung der interviewten Mitarbeiter_innen von Heimen und Flüchtlingsorganisationen sind die genannten Bereiche (mit Ausnahme des Organisierens der Gesundheitsversorgung, von Kita- und Schulbesuchen und dem Anbieten von Sprachkursen über B1 hinaus) mögliche Tätigkeitsfelder für ehrenamtliche Initiativen.

Der Zugang zu Sprachkursen, der Austausch mit der lokalen Bevölkerung und die Orientierung im Alltag nannten alle befragten Geflüchteten als zentrale Bedürfnisse. Einen Integrationskurs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) können Geflüchtete während des Asylverfahrens und sogenannte Geduldete nur besuchen, wenn sie aus Eritrea, dem Irak, dem Iran oder aus Syrien stammen und das Bundesamt daher eine „gute Bleibeperspektive“ sieht. Durch das Landesprogramm „Deutsch für Flüchtlinge in Brandenburg“ können in Brandenburg etwa 900 bis 1.000 Geflüchtete, die keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben, kostenlos Deutschkurse auf dem Niveau A2 bis B1 besuchen.⁷ Für eine Zulassung zu einer deutschen Universität werden in der Regel Sprachkenntnisse des Niveaus C1 benötigt. Zusätzlich finanzieren einige brandenburgische Landkreise und kreisfreie Städte professionelle Deutschkurse für Geflüchtete. Dennoch reichen die Angebote des Bundes, des Landes und der Kommunen zusammen nicht aus, um allen Geflüchteten in Brandenburg zu ermöglichen, die deutsche Sprache durch einen professionellen Unterricht zu erlernen. Diese Leerstelle wird durch Ehrenamtliche ausgefüllt, die selbstorganisiert Kurse anbieten.

Hinsichtlich des Austausches mit der lokalen Bevölkerung wünschten sich die Geflüchteten sowohl gemeinsame, strukturierte Aktivitäten mit den Anwohner_innen als auch spontane, offene und eher individuelle Begegnungen. Wie ein Mitarbeiter des Flüchtlingsrats Brandenburg erläuterte, kann durch letztgenannte Möglichkeit eine Vertrauensbasis aufgebaut werden, auf deren Grundlage die Geflüchteten dann ihre spezifischeren Bedürfnisse direkt gegenüber den betreffenden Kontaktpersonen artikulieren können. Laut einer Mitarbeiterin des Flüchtlingsrats geschieht dies häufig im Kontext von Sprachunterricht oder bei anderen Kursangeboten: Der durch das Angebot eröffnete Raum werde für allgemeine Fragen bezüglich des Asylverfahrens in Deutschland, für das Einholen von Alltagsinformationen sowie für Übersetzungen von Briefen genutzt und (um-)gewidmet. Unter Orientierung im Alltag fallen teilweise banal erscheinende, aber dennoch fundamentale Aspekte wie: Wo finde ich den nächstgelegenen, günstigsten Supermarkt? Wie erhalte ich ein Busticket? Wie komme ich von A nach B? Wie funktioniert die Mülltrennung? Welche Normen und Regeln gibt es, die ich zum Beispiel auf der Straße beachten muss? Zusammengefasst haben die Geflüchteten den größten Unterstützungsbedarf, wenn es um einen niedrigschwelligen und offenen Austausch mit der lokalen Bevölkerung, die Teilhabe an der deutschen Gesellschaft und die Erweiterung der Handlungsfähigkeit geht.

7 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF): Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden des MASGF. Informationspapier, 22.3.2016, S. 14 f. Für Informationen zu den Sprachniveaus vgl. www.europaeischer-referenzrahmen.de/sprachniveau.php.

Handlungsfelder für ehrenamtliches Engagement

Aus den genannten Bedürfnissen resultieren konkrete Handlungsbereiche für ehrenamtlich Tätige. Dazu zählt das Organisieren von Orten des offenen Zusammentreffens, wie Nachbarschaftscafés, in denen Geflüchtete und Anwohner_innen sich kennenlernen können. Eine Syrerin berichtete etwa, dass es ihr ein großes Bedürfnis ist, ihr Leid durch Gespräche mitzuteilen und auf diese Weise mit anderen zu teilen. Im Rahmen von offenen Treffen können Anwohner_innen und Geflüchtete ungezwungen ins Gespräch kommen und auf dieser Basis gegebenenfalls weitere Aktivitäten planen. Dieser direkte und persönliche Kontakt und ein darauf aufbauendes Vertrauensverhältnis sind essenziell, um Bedürfnisse artikulieren und individuell darauf eingehen zu können. Um die individuelle Unterstützung der Geflüchteten zu verbessern, gibt es Patenschaften oder ein Tandemsystem, durch die die Hilfestellung auf die konkreten Bedürfnisse der jeweiligen Person abgestimmt und der Austausch zwischen Geflüchteten und der lokalen Bevölkerung verstärkt werden kann. Eine Geflüchtete aus Syrien wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dieses System nicht als einseitige Hilfe verstanden werden sollte. Auch die Geflüchteten bringen ein vielseitiges Wissen und unterschiedlichste Erfahrungen mit, die sie weitergeben können und wollen, was für die deutsche Gesellschaft im Allgemeinen ein wichtiger Zugewinn sein kann. Im Rahmen der Interviews wurde deutlich, dass viele Geflüchtete nicht nur als Empfänger_innen von Hilfeleistungen betrachtet werden wollen, sondern sich aktiv und gleichberechtigt in die deutsche Gesellschaft einbringen möchten. Patenschaften werden bereits durch verschiedene Willkommensinitiativen in Brandenburg vermittelt.

Hilfe bei der Alltagsorientierung ist eine weitere Möglichkeit, Geflüchtete zu unterstützen. Dies geschieht zum Beispiel in Form von alltagspraktischen Stadtführungen, bei denen infrastrukturelle Einrichtungen – Geschäfte, Bibliotheken, Cafés, Stadtteilzentren, Vereine, Schulen und Kitas – gezeigt und Tipps zur konkreten Organisation des Alltags im Ort gegeben werden. Zahlreiche alltagspraktische Informationen bieten auch mehrsprachige Broschüren wie etwa der von Studierenden der Fachhochschule Potsdam entwickelte Wegweiser „Willkommen in Potsdam“.⁸ Geflüchtete benötigen auch Orientierung in sozialrechtlicher Hinsicht. Sie brauchen Aufklärung über ihre Rechtslage und Informationen zum Asylverfahren. Dieses Wissen können Ehrenamtliche nur zum Teil vermitteln: Sie können Briefe übersetzen und Geflüchtete darin unterstützen, Beratungsstellen aufzusuchen. Doch wenn Laien zu rechtlichen Fragen und amtlichen Mitteilungen, etwa im Asylverfahren, Einschätzungen abgeben, ist die Gefahr groß, dass sie aufgrund von Wissenslücken falsche Informationen weitergeben.

Für die Kinder wie für die Eltern ist der Kita-Besuch enorm wichtig, um an der deutschen Gesellschaft teilhaben und die Handlungsfähigkeit verbessern zu können. In Brandenburg besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz vom vollendeten ersten Lebensjahr an – allerdings erst nach dem Auszug aus der Erstaufnahmeeinrichtung.⁹ Die Einlösung dieses Anspruches ist jedoch in vielen Fällen schwierig, da – wie eine Mitarbeiterin des Flüchtlingsrats Brandenburg erläuterte – Sozialarbeiter_innen und Heimleitungen oft mit Verwaltungsaufgaben überlastet sind, sodass sie sich nicht angemessen um eine Kita-Anmeldung kümmern können. De facto können viele Familien insbesondere in den ersten Wochen und Monaten in Deutschland keine Kinderbetreuung in Anspruch nehmen, was sich neben der fehlenden Kinderbetreuung für die Eltern negativ auf die Bildungschancen und Integration

8 Fachhochschule Potsdam: Willkommen in Potsdam. Eine Infobroschüre für Flüchtlinge, 2015, unter: www.potsdam.de/willkommen-potsdam.

9 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS): Flucht und Asyl: Kinder und Jugendliche, Weiterbildung und Sport im Land Brandenburg, 15.3.2016, unter: www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/5527/27_16_Infopapier_Gesamt_MBJS_FL%C3%BCchtlinge.pdf.

der Kinder auswirkt. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport führt keine Statistik darüber, wie viele Kinder von Geflüchteten tatsächlich eine Kita besuchen; bekannt sei jedoch, dass in manchen Kommunen und Landkreisen „fast alle“ Kinder betreut würden, andernorts „nur sehr wenige“. Das Ministerium sieht Sprachprobleme von Eltern und kulturelle Hindernisse als erschwerende Faktoren.¹⁰

So verbringen Kinder und Eltern täglich einen Großteil ihrer Zeit in den Flüchtlingsunterkünften, die oft nicht den Bedürfnissen der Geflüchteten entsprechen, da es sich zum Teil um ausgediente Kasernen, Baumärkte oder schnell errichtete Gebäude in Leichtbauweise handelt. Die Innenräume und Außenflächen sind meist nicht mit Geräten für die Freizeitgestaltung ausgestattet, Gruppenräume für Kinder fehlen häufig. Diese Situation begünstigt Langeweile bei Kindern, die wiederum die Erwachsenen stören, die sich von den Strapazen der Flucht erholen wollen oder sich um die Bearbeitung ihrer Asylanträge oder anderes kümmern müssen. Eine einfache und angemessene Betreuung von Kindern seitens ehrenamtlicher Unterstützer_innen stößt durch diese strukturellen Probleme an Grenzen.

Unabhängig vom Kita-Besuch sind Kinderbetreuungsangebote durch Ehrenamtliche wichtig, da Frauen sonst viele Angebote, insbesondere Deutschkurse, nicht wahrnehmen können. Die Leiterin eines Flüchtlingsheims wies darauf hin, dass fehlende Sprachkenntnisse zu langsamerer Integration und zu Frustration führen können. Frauen, die nicht oder nicht regelmäßig an Sprachkursen teilnehmen können, seien frustriert, wenn sie sähen, wie Mitbewohner_innen mit besseren Sprachkenntnissen sich zunehmend leichter verständigen und so besser integrieren könnten. Wichtig sei, dass der Sprachkurs und die Kinderbetreuung im selben Haus stattfinden.

Welche Art der Unterstützung haben die Befragten von Ehrenamtlichen bisher erhalten und wie haben sie diese wahrgenommen? In den Interviews war nicht immer ohne Weiteres klar, von wem die Geflüchteten Hilfe erhalten haben, da für sie ehrenamtliche oder professionelle Unterstützer_innen nicht immer voneinander zu unterscheiden sind. Viele der Befragten hatten bisher keinen Kontakt zu Willkommensinitiativen und Ehrenamtlichen und konnten mit dem Begriff und dem Konzept wenig anfangen. Das deutet darauf hin, dass die Geflüchteten oftmals nicht wissen, auf welche Leistungen sie Anspruch haben und welche freiwillig erbracht werden. Einige berichteten von einzelnen Personen (etwa aus einer Kirchengemeinde), die ihnen halfen oder von denen sie in bestimmter Hinsicht Unterstützung erhielten. Manchmal wurden sie von diesen nach eigenen Vorstellungen und Wünschen gefragt. Nach Einschätzung der befragten Hauptamtlichen decken sich Angebote von Willkommensinitiativen und -gruppen überwiegend mit den jeweiligen Bedürfnissen der Geflüchteten. Die Angebote von einzelnen Ehrenamtlichen hingegen würden manchmal am konkreten Bedarf vorbeigehen. So würden Kreativangebote von Ehrenamtlichen gerade in den ersten Monaten nach Ankunft der Geflüchteten oft nicht in Anspruch genommen werden, da diese primär mit der Organisation ihres Alltags beschäftigt seien. Laut einer Mitarbeiterin des Flüchtlingsrates sind zudem bestimmte Sachspenden, wie Kleider oder Geschirr, oftmals nicht notwendig, da sie seitens der Unterkunft gestellt werden. Stattdessen gebe es spezifische Bedarfe, wie zum Beispiel Nähmaschinen für Nähkurse. Diese sind häufig auf den Internetseiten der Willkommensinitiativen zu finden. Eine Leiterin einer Unterkunft berichtete von einem Fall, bei dem eine Person eine Familie zu einem Einkauf bei einem Fleischer einladen wollte und sie eine Familie hätte aussuchen sollen – eine sicherlich gut gemeinte Geste, aber seitens der Heimleitung schwer umsetzbar.

¹⁰ Ebd., S. 9.

Angebote ehrenamtlicher Initiativen

Bevor die Unterstützung für Geflüchtete dargestellt wird, die Initiativen in Brandenburg anbieten, sollen zunächst die soziale Zusammensetzung und die Gründe des Engagements der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit beleuchtet werden. Zu den zwölf interviewten Initiativen zählen auch Gruppen, die maßgeblich durch Menschen im Rentenalter geprägt sind. Auffallend ist der hohe Anteil von Frauen. In drei der Willkommensinitiativen¹¹ engagieren sich ausschließlich Frauen, darunter eine rein studentische Gruppe. Andere Gruppen sind heterogener: Es gibt Initiativen, in denen sich Berufstätige, Erwerbslose und Rentner_innen gemeinsam engagieren. In Gruppen mit stärkerer Altersmischung sind auch Schüler_innen aktiv. In einigen Gruppen arbeiten Menschen mit und ohne eigene Fluchtgeschichte zusammen.

Aufbau und Ziele von Willkommensinitiativen

Die Ziele und Motive der Initiativen sind unterschiedlich. In einer Gruppe steht der Wunsch im Vordergrund, die Selbstorganisation von Geflüchteten zu unterstützen. Eine andere zeichnet sich dadurch aus, dass darin viele Menschen aktiv sind, die ihre professionellen Kenntnisse der Flüchtlingshilfe zur Verfügung stellen wollen: Rechtsanwält_innen, Mediziner_innen, Journalist_innen, Verleger_innen und Sozialarbeiter_innen. Die befragten Willkommensinitiativen werden in der Regel von einem kleinen Kreis von fünf bis 15 Personen getragen; einige besitzen einen weitaus größeren Kreis von Unterstützer_innen, der auf Nachfrage oder punktuell aktiv wird. Die größte Gruppe hat einen festen Kern von etwa 50 Personen und etwa 180 Unterstützer_innen. Die kleinste Gruppe besteht aus vier Frauen und sieben Unterstützer_innen.

Eine quantitative, aber nicht repräsentative Studie zu ehrenamtlichem Engagement in der Flüchtlingshilfe,¹² die zeitnah zur vorliegenden qualitativen Studie erstellt wurde, kam zu dem Ergebnis, dass die Ehrenamtlichen vorwiegend weiblich und gebildet seien und sich zudem in einer wirtschaftlich relativ sicheren Position befänden. Menschen mit eigener Migrationsgeschichte seien überproportional oft aktiv, ebenso überrepräsentiert sind der Studie zufolge Studierende. Menschen in Rente oder Pension seien dagegen kaum in der Flüchtlingshilfe aktiv. Auch eine von der Wochenzeitung *Die Zeit* und *ZEIT online* durchgeführte Umfrage bestätigt das besonders hohe Engagement von Frauen in der Flüchtlingshilfe.¹³ Bis auf das vermeintlich geringe Engagement von Menschen im Rentenalter lässt sich festhalten, dass die Zusammensetzung der hier untersuchten Gruppen in etwa den Ergebnissen der quantitativen Studien entspricht.¹⁴

11 Einige der interviewten Ehrenamtlichen sehen den Begriff Willkommensinitiative kritisch. Sie verorten sich in einer Tradition antirassistischer Arbeit und befürchten, dass durch den Begriff Willkommensinitiative ein Paternalismus zum Ausdruck komme, der die gesellschaftlichen Missstände ausblende und die Geflüchteten zu passiven Empfänger_innen wohl-tätiger Leistungen mache.

12 Serhat Karakayali/J. Olaf Kleist: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland, 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014, hrsg. vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Humboldt-Universität zu Berlin, 2015, unter: www.bim.hu-berlin.de/media/2015-05-16_EFA-Forschungsbericht_Endfassung.pdf.

13 Daniel Erk/Parvin Sadigh/Sascha Venohr: Wir schaffen das, immer noch!, *Zeit online*, 10.12.2015, unter: www.zeit.de/2015/50/fluechtligen-helfen-umfrage-weiteres-engagement.

14 Eine mögliche Erklärung für die unterschiedlichen Ergebnisse bezüglich der Menschen, die das Renteneintrittsalter bereits überschritten haben, liegt im Untersuchungsdesign der quantitativen EFA-Studie begründet. So basieren die Umfragedaten auf einer Online-Umfrage. Damit können Verzerrungen aufgrund der unterschiedlichen Internetaffinität von bestimmten Bevölkerungsgruppen entstehen.

Ein häufiger Anlass, eine Willkommensinitiative zu gründen, ist den Interviews zufolge die Einrichtung einer Unterkunft für Geflüchtete in der Nähe des eigenen Wohnumfeldes und die damit verbundenen Reaktionen in der örtlichen Bevölkerung. Auffallend ist, dass sich Initiativen oftmals als Reaktion auf rassistische Ereignisse zusammenfinden, die im Zusammenhang mit der Unterkunft für geflüchtete Menschen stehen, in der sie sich später engagieren. Ein weiterer Auslöser ist die Dynamik in einer Versammlung von Einwohner_innen, bei der sie über die geplante oder bereits erfolgte Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften – in seltenen Fällen über die Bereitstellung von Wohnungen – für Geflüchtete informiert werden. Bei solchen Versammlungen lernen sich oft die Menschen kennen, die sich für die Geflüchteten einsetzen wollen und die in der Folge eine Willkommensinitiative gründen. Die Frage „Wie können wir den ankommenden Menschen helfen?“ steht zunächst im Vordergrund. Vielfach kommt es anschließend zu einer Politisierung der ehrenamtlichen Tätigkeit. Diese Verschiebung der Perspektive von einer humanitär motivierten Hilfe hin zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der politischen Bearbeitung der Themen Flucht und Asyl wird sowohl von Mitarbeiter_innen des Flüchtlingsrats wie von Ehrenamtlichen berichtet.

Übersicht über praktische Aktivitäten

Die praktischen Tätigkeiten und Angebote der Menschen, die in Willkommensinitiativen und anderen ehrenamtlichen Gruppen mitarbeiten, sind sehr vielfältig. Fast alle Befragten engagieren sich im Bereich des Abbaus von Sprachbarrieren. Dazu zählen Deutschkurse, das Übersetzen von Formularen und Briefen sowie das Dolmetschen bei Behördengängen und/oder bei Arzt- bzw. Krankenhausbesuchen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Förderung der Mobilität. Dazu zählen die Bereitstellung und (regelmäßige) Reparatur von Fahrrädern – teilweise in Zusammenarbeit mit Geflüchteten – und (vor allem in ländlichen Gebieten) das Übernehmen von Fahrdiensten zu Terminen bei Behörden und zu Ärzt_innen im Krankheitsfall. Patenschaften für einzelne Geflüchtete, aus denen sich manchmal auch Freundschaften entwickeln, lassen sich der Alltagsorientierung zuordnen. Das gilt auch für Führungen durch den Wohnort oder die Hilfe beim Bedienen von Geld- und Fahrkartensystemen. Ein weiteres Tätigkeitsfeld lässt sich unter dem Oberbegriff Begleitung fassen. Ehrenamtliche begleiten Geflüchtete zu wichtigen Terminen (Jobsuche, Ämtergänge, Arztbesuche, Anerkennung von Abschlüssen) und bieten damit Orientierungshilfe, eine gewisse Sicherheit vor potenzieller Willkür und helfen, Verständnisschwierigkeiten zu beseitigen. Vor allem wenn es vonseiten der Nachbar_innen Vorurteile oder gar Protest gegen die Unterkunft gegeben hat, ist die Nachbarschaftspflege ein wichtiges Tätigkeitsfeld für Ehrenamtliche. Hierunter fallen Willkommensfeste ebenso wie andere niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeiten, die dem Abbau von Ängsten und Vorurteilen zwischen Geflüchteten und Anwohner_innen dienen sollen. Auch das Informieren über die Themen Flucht und Asyl kann ein wichtiger Beitrag zur Nachbarschaftspflege sein.

Zwei weitere Tätigkeitsfelder, die relativ nah am Alltagsleben der Geflüchteten sind, stellen die Bereiche Freizeitangebote und Aktivitäten für Kinder dar. Unter die Angebote für Kinder fallen zum Beispiel Kinderbetreuung, um Müttern¹⁵ die Teilnahme am Deutschunterricht zu ermöglichen, und

15 Aus den Interviews mit den Ehrenamtlichen geht hervor, dass die Kinderbetreuung ein geschlechtsspezifisches Problem darstellt. So wurde mehrmals berichtet, dass Kinderbetreuung organisiert werden musste, damit Frauen die Angebote wahrnehmen können. Teilweise sahen die Ehrenamtlichen die Notwendigkeit – neben der Gewährleistung der Kinderbetreuung –, Angebote ausschließlich für Frauen anzubieten, damit überhaupt ein Kontakt zu Frauen aufgebaut werden konnte. In diesem Zusammenhang wurde mehrmals die besondere Gefährdung der Frauen beschrieben, die in Gemeinschaftsunterkünften von sexuellen Übergriffen durch Angestellte und Bewohner bedroht sind.

Hausaufgabenhilfe oder spezielle Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Um den Prozess des Unterstützens nicht als einseitige Hilfe zu verstehen, haben einige Initiativen Orte des Austauschs geschaffen, wo sie beispielsweise Workshops zu Flucht und Asyl gemeinsam mit Geflüchteten anbieten. Es gibt Begegnungscafés und Veranstaltungen wie ein monatliches „Nationalessen“, bei denen Geflüchtete Essen und kulturelle Besonderheiten ihrer Herkunftsregionen vorstellen. Zuletzt sind zwei Tätigkeitsbereiche zu nennen, die nur ein kleiner Teil der interviewten Gruppen übernimmt: Beratung und politische Arbeit. Zu den beratenden Tätigkeiten gehören Sozial- und Rechtsberatungen sowie Einzelfallberatung und -begleitung. Eine Gruppe beispielsweise hat sich darauf spezialisiert, Geflüchtete im Vorfeld der Erstanthörung im Asylverfahren über deren Ablauf und Bedeutung aufzuklären. Diese Arbeit erfordert ein hohes Maß an professionellem Wissen und sollte nicht auf ehrenamtlichem Engagement beruhen, da die Erstanthörung eine zentrale Bedeutung für den Ausgang des Asylverfahrens hat und die Gefahr besteht, dass die Ehrenamtlichen aufgrund ungenügender Fachkenntnisse gegebenenfalls zuungunsten der Geflüchteten beraten. Unter den Sammelbegriff politische Arbeit lassen sich Tätigkeiten subsumieren wie die öffentliche Vertretung der Interessen geflüchteter Menschen, Öffentlichkeitsarbeit zum Themenfeld Flucht und Asyl, die Mitarbeit in Gremien und der Versuch, Strukturen zu schaffen, die Geflüchtete mit ihren Perspektiven und Bedürfnissen zu Wort kommen lassen. Beispiele hierfür sind die Einrichtung einer Geflüchteten-Vertretung in der Gemeinschaftsunterkunft und die Einladung Geflüchteter zur Teilnahme an Runden Tischen.

Staatliche Regelversorgung und ehrenamtliches Engagement

Alle Interviewpartner_innen, die keine Geflüchteten waren, vertraten die Auffassung, dass ein Großteil der Aufgaben, die Willkommensinitiativen übernehmen, eigentlich zur (sozialstaatlichen) Regelversorgung gehört. Eine aktuelle Studie, in der Vertreter_innen von zahlreichen Kommunen in Deutschland befragt wurden, untermauert diese Wahrnehmung: Nahezu alle Befragten gaben darin an, dass die Kommunen ohne das ehrenamtliche Engagement nicht in der Lage seien, die unterzubringenden Geflüchteten adäquat zu versorgen.¹⁶ Unter Regelversorgung wird hier die Mindestsumme staatlicher Leistungen verstanden, die Geflüchteten im Asylverfahren zugestanden wird. Dies betrifft Bereiche wie Unterbringung, Bildung, Spracherwerb, Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarktzugang und sozialarbeiterische Unterstützung. Diese gesetzlichen Ansprüche von Asylsuchenden sind vorrangig im Asylbewerberleistungsgesetz festgelegt, teilweise aber auch an anderen Stellen geregelt (Landesaufnahmegesetz, Verwaltungsrichtlinien, Kreis-Integrationskonzepte). Manche Ansprüche, wie etwa Geldleistungen, sind detailliert festgeschrieben und somit rechtsverbindlich gesichert. Bei anderen handelt es sich um Kann- oder Soll-Bestimmungen. Dolmetscherleistungen bei Arztbesuchen können beispielsweise beantragt werden – in der Praxis ist die Beantragung solcher Leistungen vergleichsweise kompliziert und häufig nicht erfolgreich. Einen Rechtsanspruch, einen Deutschkurs zu besuchen, haben viele Geflüchtete im Asylverfahren dagegen nicht.¹⁷ Dass die Landesregierung mit dem durch Mittel des Europäischen Sozialfonds finanzierten Programm „Deutsch für Flüchtlinge in Brandenburg“ Sprachkurse für Asylsuchende und Geduldete anbietet, ist eine poli-

16 Institut für Demoskopie Allensbach: Situation und Strategien in den Kommunen. Zum Umgang mit der aktuellen Zuwanderung von Asylsuchenden, 2016, S. 35 ff., unter: www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/66806.asp.

17 Geflüchteten war es bis November 2015 während des Asylverfahrens nicht möglich, an einem Integrationskurs teilzunehmen. Seitdem werden Geflüchtete, deren „Bleibeperspektive“ vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als „gut“ eingeschätzt wird, zu den Kursen zugelassen; vgl. www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationskurse/faq-integrationskurse-asylbewerber.pdf?__blob=publicationFile.

tische Entscheidung, in anderen Bundesländern gibt es solche Programme nicht. Viele Leistungen, die zum Beispiel im Landesintegrationskonzept Brandenburg unter dem Begriff sozialarbeiterische Versorgung genannt werden, können in der Praxis aufgrund zu hoher Betreuungsschlüssel nicht erbracht werden. Dies betrifft etwa die Unterstützung bei der Schulsuche und -anmeldung von Kindern, bei der Wohnungs- und Therapieplatzsuche, bei der Vereinbarung von Arztterminen. Die Unterstützung bei Ausbildungsplatz- und Jobsuche durch Arbeitsagenturen ist häufig ungenügend. Die Regelversorgung umfasst daher zwar grundlegende Bereiche der Flüchtlingsversorgung, der Zugang zur gesetzlich festgelegten Regelversorgung ist jedoch oft infolge fehlender Information und Unterstützung bei der Antragstellung nicht gegeben.

Den Interviews zufolge gibt es vor allem beim Abbau von Sprachbarrieren, bei der Beratung und Begleitung geflüchteter Menschen und bei der Sicherstellung der Mobilität dringenden staatlichen Handlungsbedarf. Aber auch hinsichtlich der Sicherstellung einer flächendeckenden Kinderbetreuung¹⁸ gibt es Nachbesserungsbedarf, da mangelnde oder lückenhafte Kinderbetreuung die Integrationschancen geflüchteter Frauen mindert und allein deshalb keine rein ehrenamtliche Aufgabe sein kann. Zwar haben Kinder Geflüchteter das Recht auf einen Kita-Platz, sobald die Erstaufnahme abgeschlossen ist und sie eine Aufenthaltsgestattung besitzen.¹⁹ In der Praxis lässt sich dieser Rechtsanspruch aber oft nicht umsetzen. Vielmehr scheint es in einigen Landkreisen üblich zu sein, dass Kleinkinder, die in Gemeinschaftsunterkünften leben (müssen), nicht in einer Tagesbetreuung untergebracht sind.

18 Im Rahmen dieser Interviews war ausschließlich von Frauen die Rede, die von der Problematik fehlender oder mangelhafter Kinderbetreuung betroffen sind.

19 Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg. Landesintegrationskonzept 2014, 21.3.2014, Landtag Brandenburg: Drucksache 5/8736, S. 27.

Strukturelle Rahmenbedingungen

Ehrenamtliches Engagement fungiert in der Praxis nicht als Ergänzung der Regelversorgung, sondern übernimmt oft staatliche Aufgaben, die von den Verwaltungen nicht oder nur ungenügend erbracht werden. Mithin existiert ein Spannungsfeld zwischen dem freiwilligen Ehrenamt und einem staatlichem Versorgungsauftrag. Die Frage muss daher lauten: Wie kann ehrenamtliches Engagement entlastet und die Regelversorgung verbessert werden, damit die Arbeit der Willkommensinitiativen eine sinnvolle Ergänzung der Regelversorgung darstellt? Hierfür ist als Erstes zu fragen, welche Aspekte die Arbeit der Initiativen maßgeblich beeinflussen.

Zusammenarbeit mit Behörden

Aus den Interviews geht hervor, dass die Zusammenarbeit mit den Leitungen der Gemeinschaftsunterkünfte, den Landkreisen und Kreisbehörden sowie den Ausländer- und der Sozialbehörden die Arbeit der Willkommensinitiativen stark beeinflusst. Vor allem die Kooperation mit den Heimleitungen, die sich teils kooperativ-unterstützend, teils repressiv-ablehnend verhalten, stellt in vielen Fällen eine Herausforderung dar. Kommt zu einer unkooperativen Heimleitung noch mangelnde Unterstützung durch politische Entscheidungsträger_innen auf Landkreisebene sowie eine fehlende Akzeptanz der Initiative als ernst zu nehmende Akteurin durch die Ausländer- oder Sozialbehörde hinzu, dann wird die Arbeit der Ehrenamtlichen massiv behindert.²⁰

Im Folgenden soll die Bandbreite der Beziehungen zwischen Heimleitungen und Willkommensinitiativen vorgestellt werden sowie Strategien, wie Initiativen mit ablehnenden Haltungen umgehen können, von denen sie vielfach berichteten. In einem Fall führte die verweigte Zusammenarbeit dazu, dass eine Initiative ihre Aktivitäten in ein benachbartes Männerheim verlegte. Das hatte den faktischen Ausschluss von Frauen von den ehrenamtlichen Angeboten zur Folge, da diese aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen und/oder wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht in das Heim für Männer gehen (konnten). Für andere Initiativen bedeutete eine verweigte Kooperation lediglich erschwerte Arbeitsbedingungen, sie konnten ihren Tätigkeiten jedoch grundsätzlich nachgehen. Ein Streitpunkt mit Heimleitungen ist oftmals die Nutzung der Gemeinschaftsräume in der Unterkunft durch die Initiative. Weicht sie daraufhin auf Orte außerhalb der Unterkunft aus, um beispielsweise Deutschkurse anzubieten, stellen sich mindestens zwei Probleme: Der Aufwand für eine Kinderbetreuung wird höher, um Müttern die Teilnahme am Kurs zu ermöglichen, und der Besuch einer Veranstaltung außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft erfordert eine höhere Eigeninitiative der Geflüchteten – was vor allem eine Barriere ist, wenn noch keine persönlichen Kontakte und Freundschaften zu den ehrenamtlich Engagierten bestehen.²¹

20 Das ist umso schwerwiegender, da diese Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen als besonders wichtig gilt, um Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte zu begegnen. Vgl. Jutta Aumüller/Priska Daphi/Celine Biesenkamp: Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement, Robert Bosch Stiftung, 2015, unter: www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Studie_Aufnahme_Fluechtlinge_2015.pdf; vgl. auch Madeleine Sauer/Judith Vey: Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte. Entstehungs- und Eskalationsbedingungen. Zum Stand der Forschung und Einschätzungen zentraler beteiligter Akteure in ausgewählten Regionen, Deutsches Jugendinstitut, 2016 (i.E.).

21 Wie stark sich diese Hürde auswirkt, ist von den Erfahrungen und der Persönlichkeit der Geflüchteten abhängig. Die Ehrenamtlichen berichteten von der Tendenz, dass Angebote außerhalb der Unterkunft weniger angenommen werden und/oder im Falle fortlaufender Kurse die Teilnahme unregelmäßiger ist.

Aus mangelnder Kooperation der Heimleitung kann jedoch durch kontinuierliches Bemühen der Ehrenamtlichen schließlich doch noch eine gute Zusammenarbeit werden. So berichtete eine Initiative, dass Gespräche über die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Kinder die Blockade der Heimleitung aufgebrochen hätten. Sich möglichst unpolitisch zu geben habe in einem langen Prozess der Vertrauensbildung dazu beigetragen, dass die Heimleitung am Ende die Arbeit der Initiative wertgeschätzt und unterstützt habe. In anderen Fällen nimmt die Heimleitung an der Organisationsstruktur der Ehrenamtlichen teil, beispielsweise durch die Einrichtung eines Runden Tisches zur Koordination der ehrenamtlichen Tätigkeiten. Das Mitwirken der Heimleitungen haben Ehrenamtliche meist positiv beurteilt. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass diese Zusammenarbeit zu Konflikten führen kann, da Heimleitungen Tätigkeiten von Initiativen untersagen können, wenn sie in den Räumlichkeiten der Unterkunft stattfinden. Heimleitungen begründeten dies entweder nicht oder verwiesen auf versicherungsrechtliche Erfordernisse oder behördliche Vorschriften.²² Vor allem in den Fällen, in denen zu einer Heimleitung ein schwieriges Verhältnis besteht, ist es wichtig, dass die Ehrenamtlichen wirksame Unterstützung von den zuständigen Lokalpolitiker_innen und Behörden erhalten. Geschieht dies nicht, dann sehen sich die Aktivist_innen in der misslichen Lage, in erster Linie um die Verbesserung ihrer Situation kämpfen zu müssen. Die Unterstützung der Geflüchteten droht dann in den Hintergrund zu treten.

Die starke Abhängigkeit der Initiativen von den lokalen Gegebenheiten verstärkt sich dadurch, dass viele Aspekte, die Geflüchtete betreffen, gesetzlich nicht oder nur durch Empfehlungen oder Soll-Bestimmungen geregelt sind.²³ Dies betrifft auch die Kommunikation mit Ehrenamtlichen. So gibt es vielerorts, aber nicht überall, Koordinierungsstellen und Ansprechpartner der Landkreise, an die sich Freiwillige wenden können. Bewährt haben sich auch Runde Tische, bei denen Vertreter_innen von Behörden und Initiativen Absprachen treffen können.

Die Landkreise sind hinsichtlich der spezifischen Ausgestaltung der Unterbringung relativ frei. Dies betrifft teilweise auch die Zuständigkeiten. So gibt es in manchen Landkreisen die Funktion der Flüchtlingskoordination, in anderen Landkreisen sind Integrations- oder Gleichstellungsbeauftragte für Geflüchtete zuständig, die dann Ansprechpartner_innen für verschiedene Gruppen mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen sind. Die sich daraus ergebenden Unterschiede bei der Unterbringung erschweren die Arbeit der Ehrenamtlichen, da sie nicht einfach auf das Wissen anderer Initiativen zurückgreifen können, sondern die lokalen Strukturen erfragen müssen.

Mobilität im ländlichen Raum

Neben der Kooperation mit Heimleitungen, Landkreisverwaltungen und Behörden sind die örtlichen Gegebenheiten ein weiterer Faktor, der die ehrenamtliche Arbeit grundlegend beeinflusst. Hier sind vor allem die Probleme im ländlichen Raum zu nennen. Der Flächenstaat Brandenburg ist durch eine dünne Besiedelung in ländlichen Gegenden mit einer mangelhaften Infrastruktur gekennzeichnet. In den Interviews wurden die Unterschiede zwischen der ehrenamtlichen Tätigkeit im städtischen

22 Die befragten Ehrenamtlichen waren sich in diesen Fällen nicht sicher, ob der Verweis auf Vorschriften nicht als Vorwand diente, jegliche Diskussion zu unterbinden.

23 Zu den unterschiedlichen Bestimmungen in den Bundesländern vgl. Kay Wendel: Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich, Pro Asyl, August 2014, unter: www.proasyl.de/wp-content/uploads/2014/09/Laendervergleich_Unterbringung_2014-09-23_02.pdf.

Raum bzw. in den verkehrsmäßig gut angebundenen Randgebieten des städtischen Raums und im infrastrukturell schwachen ländlichen Raum hervorgehoben. In vielen Fällen sind die Besonderheiten des ländlichen Raums bei der Einrichtung von Unterkünften für Geflüchtete nicht berücksichtigt worden – weder bei den Gemeinschaftsunterkünften noch bei der dezentralen Unterbringung in Wohnungen. So müssen die Geflüchteten oftmals weite Wege zurücklegen, ohne auf geeignete Fortbewegungsmittel zugreifen zu können. Wenn Behörden, Ärzt_innen oder Beratungsstellen nicht oder nur sehr schlecht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind, dann sind Geflüchtete auf die freiwillige Unterstützung von Ehrenamtlichen angewiesen. Die Übernahme von Fahrdiensten nimmt daher im ländlichen Raum einen großen Anteil der ehrenamtlichen Tätigkeiten ein. Dieses strukturelle Problem auszugleichen ist nicht nur mit viel zeitlichem Aufwand, sondern auch mit hohen Kosten verbunden. Zwar kann bei der Integrationsbeauftragten des Landes und bei einzelnen Integrationsbeauftragten der Landkreise eine Fahrtkostenerstattung beantragt werden, doch ist dies mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden; außerdem gibt es eine Kilometer-Obergrenze, die mit den tatsächlich gefahrenen Strecken in keinem Verhältnis steht.

Ein weiterer Punkt, der die Arbeit der Initiativen beeinflusst, ist die räumliche Distanz zwischen den Wohnorten der Ehrenamtlichen und den Unterkünften der Geflüchteten. Das betrifft insbesondere einige Unterstützerguppen, die sich in Brandenburg engagieren, aber deren Mitglieder in Berlin leben. Die Aktiven der Gruppe, die Geflüchtete über das Verfahren der Erstanhörung informiert und berät, wohnen beispielsweise mehrheitlich in Berlin und pendeln für die Beratungen nach Frankfurt (Oder). Mitglieder einer anderen Gruppe wohnen ebenfalls in Berlin und engagieren sich in Waßmannsdorf (Landkreis Dahme-Spreewald). Diese Gruppe ist von ihrem Tätigkeitsfeld her eine „klassische“ Willkommensinitiative. Die Interviewpartnerin berichtete, es sei schwer möglich, Geflüchtete in die Organisationsstruktur ihrer Initiative einzubinden, da die räumliche Distanz zwischen den Bewohner_innen der Unterkunft und den Ehrenamtlichen sehr groß ist. Ganz anders verhält es sich, wenn diese Distanz gering ist. Das zeigt das Beispiel der Initiative in Neuhardenberg, wo der Kontakt zwischen den Aktiven und den Bewohner_innen der Unterkunft auch im Alltag außerhalb von konkreten Hilfsangeboten teilweise intensiv ist, da die Unterstützung aus der direkten Nachbarschaft kommt. Die Mehrzahl der Menschen, die in Willkommensinitiativen in Brandenburg aktiv ist, wohnt in der Nähe der Unterkunft von Geflüchteten.

Freizeit- und Begegnungsräume

Welche Räume genutzt werden können und wie diese erreichbar sind, wirkt sich ebenfalls stark auf die Arbeit der Ehrenamtlichen aus. Viel diskutiert wird die Frage, ob es besser ist, Räumlichkeiten innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft zu nutzen. Zum einen wollen die freiwillig Engagierten den Geflüchteten möglichst niedrigschwellige Angebote machen, zum anderen ist es oftmals ein Anliegen, auch externe Orte der Begegnung zu schaffen, die für viele Bevölkerungsgruppen zugänglich sind. So ist die Idee eines interkulturellen Begegnungszentrums mit dem Wunsch verbunden, die Geflüchteten besser ins soziale Leben der Kommune einzubinden, unnötige Parallelstrukturen zu vermeiden und das Aufkommen von Sozialneid zu verhindern, der sich möglicherweise in rassistischen Ressentiments äußern könnte. Auf der anderen Seite steht die Erfahrung der Ehrenamtlichen, dass etwa Deutschkurse weitaus besser und regelmäßiger besucht werden, wenn sie in der Unterkunft selbst und nicht an einem externen Ort stattfinden. Hinzu kommt die Erfahrung, dass Missstände in den Gemeinschaftsunterkünften schneller behoben werden, wenn die Unterkünfte regelmäßig von den Ehrenamtlichen genutzt werden.

Mitarbeit von Geflüchteten

Viele Initiativen formulieren den Wunsch, die Geflüchteten in ihre Unterstützungsstruktur mit einzubinden, zumindest aber die eigene Arbeit an den Bedürfnissen der Menschen in der Unterkunft auszurichten. Dieser Anspruch ist in der konkreten Umsetzung mit mindestens zwei Herausforderungen konfrontiert. Ein Problem sind die vorhandenen Sprachbarrieren und die Schwierigkeit, diese in der Organisationsstruktur zu berücksichtigen. Ein Beispiel: Eine Initiative organisiert ihre Arbeit über einen Runden Tisch, dessen Mitglieder Wert darauf legen, bedürfnisorientiert zu arbeiten. Die Sitzungen fanden an unterschiedlichen Orten statt, doch selbst an Treffen in der Unterkunft nahmen in der Regel keine Heimbewohner_innen teil. Kurz vor Beginn einer Sitzung des Runden Tisches im Heim gab es mehrere persönliche Gespräche zwischen Ehrenamtlichen und Geflüchteten; es bestand offensichtlich ein freundschaftliches Verhältnis. Während der Sitzung berichteten mehrere Aktive von Bedürfnissen, die die Bewohner_innen geäußert hatten, und versuchten so, deren Perspektive in die Planungen miteinzubeziehen. Die Webseite der Initiative, die Einladungen zu den Sitzungen des Runden Tisches, die Protokolle, die E-Mails auf dem Mailverteiler – all diese Kommunikation fand auf Deutsch statt. In diesem Fall hat es wohl nicht am fehlenden Willen der Ehrenamtlichen gelegen, dass es nicht gelungen ist, die Bewohner_innen in ihre Organisationsstruktur einzubinden, sondern daran, dass die sprachlichen Barrieren nicht berücksichtigt und damit die Geflüchteten – entgegen der Absicht der Ehrenamtlichen – faktisch ausgeschlossen worden sind.

Das zweite Problem liegt in der Organisation und Arbeit der Willkommensinitiativen begründet. Für den Aufbau und das Funktionieren einer Initiative ist eine gewisse Kontinuität des Engagements essenziell. Die Lebenssituation der Geflüchteten ist jedoch durch Unplanbarkeit, Diskontinuität und Willkür geprägt, die eine längerfristige Perspektive und Beteiligung der Geflüchteten erschweren. Zudem werden vor allem zu Beginn der Aktivitäten von Willkommensinitiativen die Bedürfnisse der Geflüchteten durch das Heimpersonal und nicht durch die Geflüchteten selbst artikuliert, sodass die Freiwilligen vor der Herausforderung stehen, in einem strukturell paternalistisch wirkenden Setting immer wieder aufs Neue die aktuellen Bedürfnisse der Geflüchteten in Erfahrung bringen zu müssen, um sie in ihre Arbeit integrieren zu können.

Das Abarbeiten an solchen strukturellen Bedingungen führt dazu, dass die Initiativen die Faktoren, die ihre Arbeit beeinflussen, nicht ausreichend reflektieren können. Das gilt vor allem für Gruppen, die sich in ihrer Unterstützungsarbeit ganz auf die konkrete Einrichtung vor Ort konzentrieren und den politischen Kampf um die grundlegende Verbesserung der Situation geflüchteter Menschen nicht als wesentlichen Teil ihrer Arbeit begreifen. Es stellt sich die Frage, wie die Rahmenbedingungen zu gestalten sind, damit das Ehrenamt eine im Verhältnis zur Regelversorgung sinnvolle Funktion bei der Aufnahme und Integration Geflüchteter haben kann. Damit verbunden ist ein politischer Umgang mit dem Spannungsfeld zwischen staatlicher Regelversorgung und dem Ehrenamt, der das Engagement unterstützt und wertschätzt.

Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Aus den Interviews lassen sich Empfehlungen dafür, welche Aspekte Freiwillige und Initiativen bei ihrer Arbeit berücksichtigen sollten, ebenso ableiten wie für die Gestaltung der Rahmenbedingungen der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit und der Förderung von Willkommensinitiativen. Dazu zählen ausreichende personelle Ressourcen, Sach- und Finanzmittel sowie ein guter Zugang zu Infrastruktur. Einige Fördermaßnahmen wurden bereits im Lauf des Jahres 2015 umgesetzt. Solche Hilfen werden ihre Wirkung jedoch nur voll entfalten können, wenn gleichzeitig die Rahmenbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung, strukturell verbessert werden. Im Kontext der Infrastruktur- und Verwaltungskrise 2015 war nicht zu übersehen, dass staatliche Aufgaben teilweise durch ehrenamtliches Engagement erledigt werden, weil die professionellen Strukturen in der Flüchtlingsversorgung überlastet sind. Flüchtlingsorganisationen, Heimleitungen und Willkommensinitiativen wiesen in den Interviews darauf hin, dass Ehrenamtliche so potenziell ebenfalls überlastet werden, die Gefahr der Überarbeitung und Frustration besteht und die Freiwilligen das Ziel, für das sie angetreten sind, nicht in befriedigendem Maße verwirklichen können: eine Willkommenskultur zu gestalten. Die Empfehlungen, wie Ehrenamtliche unterstützt werden können, setzen daher auf der strukturellen Ebene an.

Empfehlungen für Freiwillige

Aus den Interviews lassen sich Empfehlungen dafür ableiten, welche Aspekte Ehrenamtliche bei der Planung und Gestaltung ihres Engagements berücksichtigen sollten, um Geflüchtete möglichst wirkungsvoll zu unterstützen.

Bevor Unterstützungsangebote organisiert werden, sollten Informationen darüber eingeholt werden, welche Unterstützung Geflüchtete vor Ort benötigen und sich wünschen. Da direkte Kontakte zu den Bewohner_innen einer Unterkunft nicht immer möglich und teilweise auch nicht gewünscht sind, können Informationen auch über Dritte – etwa Flüchtlingskoordinator_innen, Personal der Unterkunft oder Flüchtlings(selbst)organisationen – eingeholt werden. Ein sehr guter Weg für das unmittelbare Erfragen der konkreten Bedürfnisse Geflüchteter ist die Organisation von offenen Räumen wie etwa Nachbarschaftscafés. Sie ermöglichen eine freiwillige, ungezwungene Kontaktaufnahme und schaffen so die Grundlage für persönliche Beziehungen, in denen Bedürfnisse direkt mitgeteilt und Angebote besprochen werden können.

Bei der Wahl des Ortes ist es sinnvoll, auch Unterstützungsangebote in den Unterkünften anzubieten und nicht nur außerhalb, da durch die Präsenz von Ehrenamtlichen tendenziell eine Verbesserung der Wohnbedingungen bewirkt wird. Wenn Externe regelmäßig die Unterkunft besuchen, kann sich das positiv auf die Behebung von Missständen und die generelle Instandhaltung und Ausstattung von Räumlichkeiten auswirken. Zudem können Ehrenamtliche für ihre Aktivitäten Gemeinschaftsräume einfordern.

Hinsichtlich des Personenkreises, für den Unterstützung organisiert wird, ist vor allem in strukturschwachen Regionen zu überlegen, ob diese Angebote sich ausschließlich an Geflüchtete richten sollten. Für eine bessere Integration und zur Vermeidung von Neid und Konkurrenzdenken können Aktivitäten und Kurse als offene Angebote gestaltet werden, die sich gleichermaßen an Geflüchtete und

Einheimische richten.²⁴ Der Aufbau von Parallelstrukturen sollte wenn möglich vermieden werden. Beispielsweise kann es sinnvoll sein, Geflüchtete in die örtlichen (Sport-)Vereine integrieren zu wollen, statt gesonderte Sportangebote für sie zu entwickeln.²⁵

Bessere Regelversorgung

Vor der Einrichtung von neuen Flüchtlingsunterkünften muss geprüft werden, ob die Lage und die baulichen Voraussetzungen eine professionelle Regelversorgung erlauben. Nur so kann vermieden werden, dass Ehrenamtliche einen Großteil ihrer Energie darauf verwenden müssen, eine mangelhafte Ausstattung und Anbindung auszugleichen.

Ein Beispiel hierfür stellt die Mobilität im öffentlichen Raum dar. Da Behörden und Beratungsstellen aufgrund der großen Entfernungen und ungenügender Verkehrsanbindung vieler Unterkünfte meist schwer zu erreichen sind, übernehmen Ehrenamtliche oft Fahrdienste. Sie könnten entlastet und unterstützt werden, wenn die Geflüchteten Dienste einer mobilen Sozial- und Rechtsberatung in Anspruch nehmen können. Darüber hinaus könnte diesem Problem durch die Einführung eines Shuttlebus-Services und eine unbürokratische Übernahme von anfallenden Fahrtkosten Rechnung getragen werden.

Mit der am 1. April 2016 in Kraft getretenen Novelle des Landesaufnahmegesetzes²⁶ könnten einige Verbesserungen erreicht werden: Der Betreuungsschlüssel für die soziale Arbeit wird von 1:120 auf 1:80 verbessert. Unterkünfte sollen künftig immerhin so beschaffen sein, dass sie „die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen“. Viele Änderungen, die Flüchtlingshilfeorganisationen während des Gesetzgebungsverfahrens²⁷ vorschlugen, wurden allerdings nicht in das Gesetz aufgenommen. Dazu gehören etwa das Kriterium einer städtebaulichen Integration, mit dem eine Anbindung der Unterkünfte an Infrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr gewährleistet werden sollte, und eine Belegungsobergrenze von 50 Personen, um die Einrichtung von Massenunterkünften zu vermeiden. Eine ausreichende Regelversorgung umfasst nach Einschätzung des Flüchtlingsrats Brandenburgs darüber hinaus die Einrichtung von unabhängigen Beratungsstellen für das Asylverfahren in allen Landkreisen. Hinzu kommt, dass im Landesaufnahmegesetz an vielen Stellen Kann- oder Soll-Bestimmungen gewählt wurden. Da eine Diskrepanz zwischen gesetzlich festgelegter und umgesetzter Regelversorgung festzustellen ist – etwa beim Zugang zu Kita-Plätzen –, muss sich erst zeigen, ob die neuen Vorschriften in der Praxis zu einer spürbaren Entlastung von Heimleitungen und Sozialarbeiter_innen und dadurch auch zu einer besseren Versorgung der Geflüchteten führen werden. Ziel muss es sein, dass grundlegende Bedürfnisse durch Leistungen des Staates erfüllt werden. Ehrenamtliche sollen sich nicht gedrängt fühlen, solche Aufgaben zu übernehmen, und sich stattdessen ihren eigentlichen Zielen und Tätigkeiten widmen können.

24 Das Ergebnis wurde im Rahmen einer Kurzstudie zu Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte untermauert.

25 Hinsichtlich der Akzeptanz von Flüchtlingsunterkünften und der Integration von Geflüchteten in das Gemeinwesen wirkt sich positiv aus, wenn bei der Beauftragung von Dienstleistungen sowie der Besetzung von Minijobs, Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung oder Arbeitsstellen nach Möglichkeit Ortsansässige berücksichtigt werden.

26 Gesetz über die Aufnahme von Flüchtlingen, spätausgesiedelten und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen im Land Brandenburg sowie zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Landesaufnahmegesetz), 15.3.2016, unter: https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/76/GVBl_I_11_2016.pdf.

27 Beschlussempfehlung und Bericht zum Landesaufnahmegesetz, 7.3.2016, Landtag Brandenburg: Drucksache 6/3617, unter: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_3600/3617.pdf.

Abbau von Sprachbarrieren

Die deutsche Sprache zu lernen ist für Geflüchtete ein zentrales Bedürfnis. Trotz zusätzlicher Kurse im Rahmen des Landesprogramms „Deutsch für Flüchtlinge in Brandenburg“ und der von einigen Kommunen finanzierten Angebote haben noch immer viele Geflüchtete keine Möglichkeit, an einem professionellen Deutschunterricht teilzunehmen. Ehrenamtliche kompensieren dieses Defizit zum Teil. Bei der Durchführung von Sprachkursen fehlt es ihnen jedoch oftmals an einer (Grund-)Ausbildung und an geeignetem Unterrichtsmaterial. Um Sprachbarrieren weiter abzubauen, wäre es nötig, noch mehr Sprachkurse professionell anzubieten oder Ehrenamtliche darin auszubilden, diese (im Grundniveau) anzubieten und ihnen dafür geeignetes Material zur Verfügung zu stellen.²⁸

Darüber hinaus ist für eine Erhöhung der Bildungschancen und eine verbesserte Integration der Geflüchteten die Finanzierung von Sprachkursen auch über das Niveau B1 hinaus notwendig.

Ehrenamtliche leisten auch Übersetzungsdienste. Zwar gibt es für Übersetzungen bei wichtigen Behördengängen eine Vermittlung des Fachberatungsdiensts Zuwanderung, Integration und Toleranz (FaZIT),²⁹ doch ist dieses Angebot begrenzt, nicht jederzeit verfügbar und auch nicht kostenlos. Bei Behördengängen oder Arztbesuchen zu übersetzen ist für ehrenamtliche, nicht ausgebildete Dolmetscher_innen unter Umständen sehr schwierig. Eine sinnvolle, das bestehende Angebot ergänzende Maßnahme könnte die Einführung eines professionellen telefonischen Übersetzungsdienstes sein, bei dem bei Behördengängen, bei Arzt- oder Anwaltsbesuchen sowie bei Aufenthalten in der Schule und der Kita am Telefon Deutsch in die Muttersprache übersetzt werden kann. Ehrenamtliche würden auf diese Weise davon entlastet, komplizierte Sachverhalte oder Begriffe übersetzen zu müssen.

Zugang zur Kinderbetreuung

Es gibt zwar für Geflüchtete nach dem Auszug aus der Erstaufnahmeeinrichtung einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz vom vollendeten ersten Lebensjahr des Kindes an, aber der Zugang zu einer Kita-Betreuung ist nicht in allen Landkreisen in dem Umfang gegeben, wie es erforderlich und auch möglich wäre. Sozialarbeiter_innen müssen in die Lage versetzt werden, Eltern bei der Antragstellung und Vermittlung eines Kita-Platzes zu beraten. Eine zusätzliche, ehrenamtliche Kinderbetreuung ist darüber hinaus begleitend zu ehrenamtlichen Angeboten, insbesondere Deutschkursen, wichtig, damit Geflüchtete mit Kindern, zumeist Frauen, diese wahrnehmen können.

Freizeit- und Begegnungsräume

Insbesondere während der Überbelegung der Unterkünfte 2015 fehlte es an Gemeinschaftsräumen, in denen die Angebote der Ehrenamtlichen stattfinden und in denen sich die Geflüchteten aufhalten können. Sprachkurse oder andere Angebote scheitern nicht selten an fehlenden oder ungeeigneten Räumlichkeiten. Zum Teil gleichen Kirchgemeinden, Kommunen, Vereine und Verbände dieses Defizit aus. Deren Räume sind jedoch oft nur zeitlich eingeschränkt nutzbar und erschweren aufgrund der Entfernung zur Unterkunft die erforderliche Kinderbetreuung während der Angebote. Räume in der Unterkunft bereitzustellen, über die Geflüchtete und Ehrenamtliche frei verfügen können, hat sich als sinnvoll erwiesen. Dies wird jedoch nicht durchgängig praktiziert, stattdessen wurde Ehrenamtlichen in einigen Unterkünften der Zugang verwehrt oder es wurden ihre Ausweise einbehalten. Hier

²⁸ Vgl. etwa das Thannhauser Modell, unter: www.deutschkurs-asylbewerber.de.

²⁹ Vgl. <http://fazit-brb.de/ueber-uns/einsatzvermittlungszentrale/>.

sind für Betreiber_innen von Unterkünften verbindliche Regelungen notwendig über den Zutritt zu und die Nutzung von Räumen innerhalb der Unterkünfte, die ehrenamtliche Angebote ermöglichen. Damit sich Geflüchtete und Anwohner_innen kennenlernen können, sollten Räume außerhalb der Unterkünfte geschaffen werden, da diese eine freiwillige, niedrighschwellige Kontaktaufnahme ermöglichen.

Kooperation und Koordination

In den vergangenen Jahren hat das Engagement für Geflüchtete enorm zugenommen. Infolgedessen ist es notwendig, die Kooperation zwischen den Akteur_innen auszubauen, um die Arbeit besser an den Bedürfnissen von Geflüchteten ausrichten zu können. Seit dem Jahr 2015 sind dafür bereits Strukturen aufgebaut worden. Es gibt zahlreiche regionale Internet-Plattformen, auf denen sich Initiativen eintragen und zu denen auf diese Weise Menschen, die sich engagieren möchten, Kontakt aufnehmen können. Durch Plattformen wie <http://helpto.de> können Bedürfnisse von Geflüchteten in Form von Gesuchen konkret formuliert und detailliert beschrieben werden. In den meisten Landkreisen bestehen nun Koordinationsstellen, teilweise übernehmen kommunale Integrationsbeauftragte diese Aufgabe. Sinnvoll erscheint, dass Ehrenamtliche bei Konflikten mit Behörden oder Heimbetreibern – etwa bei Problemen beim Zugang zur Unterkunft –, die Möglichkeit erhalten, eine Stelle einzuschalten, die vermitteln und klären kann.

Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit

Im Rahmen der Interviews beklagten Mitglieder von Willkommensinitiativen mehrfach, dass ihre Arbeit nicht (ausreichend) gewürdigt werde und sie als Bittsteller_innen behandelt würden – insbesondere von manchen Heimbetreibern und Kreisverwaltungen. Für die unentgeltlich geleistete, oft über die eigenen physischen und psychischen Grenzen hinausgehende Arbeit ist jedoch eine Wertschätzung von zentraler Bedeutung. Viele Aktive äußerten den Wunsch, von Mitarbeiter_innen der Verwaltung und der Unterkünfte als Akteur_innen ernst genommen zu werden. Eine Anerkennung des Engagements kann sowohl auf immaterieller als auch auf materieller Ebene erfolgen, zum Beispiel in Form einer unbürokratischen Übernahme von Material- und Fahrtkosten oder der öffentlichen Solidarisierung mit der Arbeit der Ehrenamtlichen. Auf landespolitischer Ebene gibt es in diesem Zusammenhang unter anderem die Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement in der Staatskanzlei³⁰ und das Förderprogramm für Willkommensinitiativen der Integrationsbeauftragten.³¹ Auf der kommunalen Ebene und bei den beauftragten Betreibergesellschaften ist die Wertschätzung des Engagements dagegen unterschiedlich ausgeprägt und teilweise nicht gegeben. Die Einrichtung von Strukturen wie Ehrenamtskoordinator_innen, Runden Tischen und verbindlichen Leitlinien können wirkungsvolle Maßnahmen sein, um einen wertschätzenden Umgang mit Freiwilligen zu fördern und, wo dies erforderlich ist, ein Umdenken in Verwaltungen anzustoßen. Zudem zeigt sich, dass durch die Anerkennung der Arbeit der Unterstützer_innen seitens zentraler lokaler Akteur_innen ein flüchtlingsfreundliches Klima vor Ort begünstigt werden kann.³²

30 Vgl. www.stk.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.263162.de.

31 Vgl. www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.432004.de.

32 Vgl. Madeleine Sauer/Judith Vey: Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte. Entstehungs- und Eskalationsbedingungen. Zum Stand der Forschung und Einschätzungen zentraler beteiligter Akteure in ausgewählten Regionen, Deutsches Jugendinstitut, 2016 (i.E.).

Fortbildung und Beratung

Ehrenamtliche verfügen oft nicht über das rechtliche Spezialwissen bezüglich der Asylverfahren und professionalisierten Unterstützungsstrukturen. Um Geflüchtete daher adäquat unterstützen und an entsprechende Stellen vermitteln zu können, benötigen ehrenamtliche Unterstützer_innen Grundkenntnisse über die Möglichkeiten und Strukturen professionalisierter Flüchtlingshilfe und über die rechtlichen Rahmenbedingungen. Für Freiwillige, die Deutschkurse geben, ist ebenfalls eine spezifische Grundausbildung notwendig. Darüber hinaus sind Workshops oder andere Formen von Beratungen sinnvoll, die es Ehrenamtlichen ermöglichen, ihr Selbstverständnis und ihre Rolle zu reflektieren. Das betrifft ihre Erwartungshaltung und ihr Verhalten gegenüber Geflüchteten ebenso wie die notwendigen Grenzen des freiwilligen Engagements. Fortbildungen werden unter anderem vom Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz angeboten.³³

³³ Vgl. <http://fazit-brb.de/fortbildungen/>.

